



Leipziger Lerche

Mitteilungsblatt

der DKP-Leipzig

Ausgabe 1, Jahr 2020

Januar/Februar/März

**Mitglieder-
versammlung**
der DKP Leipzig:
in der Regel am zwei-
ten Montag eines
Monats, 19.00 Uhr,
MONOPOL Leipzig
(Haferkornstraße 15).
Der Raum befindet
sich im weißen
Gebäude gegenüber
dem Eingang.

Nächste Treffen:
13. Januar 2020
10. Februar 2020
09. März 2020
13. April 2020

dkp-leipzig@gmx.de
die-dkp-leipzig.de

V.i.S.d.P.:
Martin Zielke

Neues Jahr, neues Glück?

Es bleibt wohl alles beim alten

Mit 2020 begrüßen wir nicht nur ein neues Jahr, sondern ein neues Jahrzehnt. Bereits am 02. Februar wird die Leipziger Oberbürgermeisterwahl stattfinden. Was haben die antretenden Parteien und ihre KandidatInnen zu bieten?

Der bisherige OBM Burkhard Jung (SPD) will die Gentrifizierung stoppen, den ÖPNV und Fahrradwege ausbauen sowie ein Leipziger Gaskraftwerk ab 2023.

Sebastian Gemkow (CDU) erklärt dem 365-Euro-Ticket und "jeglichem Extremismus" eine Absage. Die "regionale Wirtschaft" soll gestärkt werden.

Katharina Kraft (Grüne) will mehr Kitaplätze und mehr Wohnungen für Singles und Familien. Die Älteren dürfen nicht in einem "unregulierten Pflegemarkt" allein gelassen werden.

Für Christoph Neumann (AfD) scheint es kein wichtigeres Thema als Graffiti zu geben. Noch mehr Polizei auf den Straßen hält er für notwendig.

Für Marcus Viefeld (FDP) gehören "Unternehmer ins Rathaus". die geheiligten "Mechanismen des

Marktes" dürfen natürlich nicht angetastet werden.

Katharina Subat (Die Partei) will eine "progressive Turbopolitik in die versumpfte Polit-Einöde" tragen und fordert eine Revision der Wirtschaftspolitik seit der Wiedervereinigung.

Ute Elisabeth (Piraten) tritt parteiunabhängig an. Sie setzt in ihrer Kampagne ganz auf "Bürgerbeteiligung".

Franziska Riekewald (Die Linke) tritt für einen kostenlosen ÖPNV für alle Menschen unter 18 und über 70 Jahren ein. Bei Neubauprojekten soll der Sozialwohnungsanteil über 50 % betragen.

In Leipzig bleiben viel mehr Probleme, als die antretenden Parteien lösen können oder wollen - nicht nur Verkehr, Wohnen oder Umwelt. Wie üblich kommt die Linkspartei einer Lösung noch am nächsten. Aber sie alle wollen die Eigentumsverhältnisse nicht antasten. Solange dies aber so bleibt, solange wird auch der Rechtsruck anhalten. Desto dringender wird es für die DKP, sich als wirkliche Alternative zu präsentieren.

M. Z.

Leere Versprechen

Wie Umwelt- und Friedensfrage in Leipzig ungelöst bleiben

Man muss kein Wissenschaftler sein, um zu sehen, dass die Welt im Wandel ist und dass besonders die durch den Menschen gemachten Klimaveränderungen auf den Lebensraum aller Lebewesen einen drastischen Einfluss haben. Hierfür gibt es eine lange Liste von Ursachen. Die Umweltfrage ist aber keineswegs nur eine Frage für sich.

Sie ist auch fest verbunden mit der Friedensfrage, denn Krieg zerstört nicht nur Leben, sondern auch Lebensräume. Zum Beispiel produziert ein Bundeswehr-Tornado pro Flugstunde je nach Flughöhe und Geschwindigkeit bis zu 6 Tonnen CO². Wer zahlt dafür? Die Kosten tragen SteuerzahlerInnen und die Umwelt. Allein die US-Armee produziert jährlich einen CO²-Ausstoß von über 70 Millionen Tonnen. Diese Masse kann man sich kaum vorstellen, das ist mehr als Industrieländer wie Schweden, Dänemark oder Portugal verursachen. Hier entstehen Schäden, die so schnell nicht reparabel sind, die Umwelt vernarbt, und die jüngeren Generationen werden das in Zukunft umso stärker spüren. Die genannten Beispiele sind nur ein kleiner Teil auf der Liste. Das macht es umso wichtiger, aktiv gegen diese Zustände zu kämpfen, wie jüngst die FFF-Bewegungen in Leipzig beweisen.

Bereits 60 deutsche Städte haben den Klimanotstand ausgerufen. Und seit dem 30. Oktober gehört auch Leipzig zu jenen, die aktiv gegen den Klimawandel vorgehen. Jede politische Maßnahme muss nun auf Klimaverträglichkeit geprüft werden. Ein großer Fortschritt in dieser Angelegenheit ist unter anderem auch, dass nicht nur Umweltverbände mehr Mitspracherecht erhalten, sondern auch Fraktionsvertreter/-innen und Mitglieder des Jugendparlaments.

Zu den Zielen gehören, dass Stadtbetriebe und -verwaltung ab 2035 klimaneutral arbeiten sollen. Des Weiteren soll ab 2040 die gesamte Strom- und Wärmeversorgung auf erneuerbare Energiequellen umgestellt werden.

Dazu bis 2050 eine drastische Reduzierung des jährlichen CO²-Ausstoßes auf 0,2 bis 0,5 Tonnen pro Kopf. Aktuell verursacht jeder Leipziger einen Ausstoß von sechs Tonnen CO² jährlich. Leider gibt es noch keine Konzepte, die die Herangehensweise genauer beleuchten. Lösungen für den Klimanotstand sind im Moment kaum auf dem Papier existent. Handfeste Konzepte sollen bis Ende 2020 vorgelegt werden. Wo bleiben nun die Sofortmaßnahmen, die mit dem Begriff Notstand einher gehen?

Betrachtet man das Feedback zum Notstand, scheinen einige Politiker im Stadtrat immer noch nicht den Ernst der Lage begriffen zu haben. Sabine Heymann (CDU) ärgert sich beispielsweise über den Begriff Klimanotstand: „Wir sind aber gegen verbales Aufzurüsten!“ Denn bei einem Notstand könne man demokratische Prozesse aushebeln. Vielmehr gehe es um einen „Ausgleich der Interessen“ Von welchen Interessen spricht Frau Heymann? Wir haben nur eine Erde und daraus folgt nur das eine Interesse, die Folgen des bisherigen Wandels durch den Menschen einzudämmen, kurzum, die Umwelt zu schützen und weitere Schäden dauerhaft zu vermeiden.

Auch Siegbert Droese von der AFD lieferte ein typisch reaktionäres Statement zum Notstand: „Volkserziehung nach grün-roter Art“. Und weiter: „Das Klima der Welt können wir weder aus Deutschland noch aus Leipzig heraus retten. Das ist reine Symbolpolitik“.

Die DKP tritt dafür ein, dass Umwelt- und Friedensbewegung enger miteinander kooperieren. Sie wird dafür wirken, die bereits bestehenden Einsichten über den unlösbaren Zusammenhang zwischen Umweltpolitik und Systemkritik zu unterstützen um die Erkenntnis zu vertiefen, dass langfristig nur ein Bruch mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise zu dauerhaft wirksamen Maßnahmen für Klima- und Umweltschutz führen kann.

O. F.

Kalter Krieg in Leipzig - gegen Links schlägt sich's leichter

Nicht lange ist es her, dass aus Kreisen der Linkspartei noch von einer „progressiven Mehrheit“ im Leipziger Stadtrat die Rede war. Gemeint war damit die imaginäre Mehrheit aus SPD um Oberbürgermeister Burkhard Jung, den Grünen und der Linkspartei selbst. Der führende Kopf dieser „Mehrheit“, Jung, bevorzugt indessen, sich als Kalter Krieger zu profilieren. Es gibt kaum einen Polizeieinsatz in der Stadt, der nicht den begeisterten Beifall des Herrn Oberbürgermeister fände. Nun jedoch holt er den ganz großen Knüppel aus dem Sack, „Soko LinX“ (Sonderkommission Linksextremismus) mit Namen.

Gut möglich, dass die treibende Kraft dahinter eher die scheidende schwarz-rosa Landesregierung ist. Aber treuer Parteisoldat, der er ist, sieht nun auch Jung den Notstand in der Stadt vor allem durch „linksextrême“ Gewalt. Auf einer gemeinsamen Pressekonzferenz mit Jung erklärte Innenminister Wöllner: „Wir wollen mit der Soko Links den Druck auf die links-extremistische Szene in Leipzig weiter erhöhen und Straftaten schneller aufklären.“

Auch Herr Jung springt ihm bei: „Die von der linksextremen Szene verbreitete Mär, man sei nur gegen Sachen und staatliche Institutionen gewalttätig, nicht aber gegen Personen, ist entlarvt als das, was es immer war: eine Lüge.“ Worauf bezieht er sich dabei?

Anfang November wurde die Mitarbeiterin einer Immobilienfirma in ihrer Wohnung überfallen und verletzt. Schuld sind nach Überzeugung von Jung und Wöllner „Linksextrême“.

Sie sollen bei Verlassen der Wohnung „Grüß aus Connewitz!“ gerufen haben. Das riecht nach einer absichtlich gelegten „Spur“, zumal sich keinerlei linke Strukturen, auch in Connewitz nicht, mit diesem Überfall solidarisiert oder ihn verteidigt haben. Im Gegenteil.

Ein angebliches „Bekennerschreiben“ tauchte auf indymedia auf. Einem Portal, auf dem einfach jeder Mensch etwas posten kann. Auch der „Staatsschutz“ kann das. Auch der angebliche „Verfassungsschutz“. Auffallend ist, dass die Pläne zur „Soko LinX“ wenige Stunden nach dem Überfall wie von Zauberhand fertig aus der Schublade gezogen wurden. Schon nach dem G20-Gipfel in Hamburg wurden die Messer gegen linke Strukturen gewetzt. Damals beließ man es weitgehend bei Drohungen. Diesmal wird zur Tat geschritten.



Dieser Spruch gilt auch für den neuesten Polizei-Streich

Die „progressive Rathausmehrheit“ in Gestalt von Herrn Jung vorneweg. Wir müssen uns auf eine Verschärfung der Repression einstellen und dieser mit kühlem Kopf begegnen. Der Kampf um die sozialistische Gesellschaft beinhaltet auch

die Verteidigung unserer Rechte im Rahmen der bürgerlichen Demokratie. Es kann uns nicht gleichgültig sein, wie unsere konkreten Kampfbedingungen sich gestalten. Die politische Szene im Schreckgespenst „Connewitz“ ist nicht homogen.

Es sind dort auch „antideutsche“ Tendenzen anzutreffen, die sicher nicht unsere politischen Freunde sind. Aber der Repressionsapparat wird sich in der Praxis zuletzt gegen solche nützlichen Idioten des Kapitals richten sondern vor allem gegen ernsthafte revolutionäre Linke. Ihnen gilt unsere Solidarität.

A. K.

Das Liebknecht- Haus

in Leipzig steht in der Braustraße 15, in Sichtweite der "Karli". In diesem Haus lebte 1867-1881 Wilhelm Liebknecht mit seiner Familie. Am 13. August 1871 wurde hier außerdem sein Sohn Karl geboren. Übrigens waren dessen Enkelinnen 147 Jahre später zu Besuch.

Die Erdgeschosswohnung war mehr als ein Jahrzehnt lang das Aktionszentrum der deutschen Sozialdemokratie.

Im Wohnzimmer, in dem sich heute eine Gedenkstätte befindet, entstand die Zeitschrift "Volksstaat". Eine Tafel an der Außenwand erinnert an einen Besuch von Karl Marx, den er 1874 hierher unternommen hat.

Ab 1998 hat die PDS hier ihren Leipziger Sitz. Damals war noch nicht unbedingt sicher, ob dieses Gebäude erhalten werden kann. Als aber mehr als eine halbe Million Mark Spenden aus über 100 Orten gesammelt wurden, konnte das Haus renoviert werden.

Heute beherbergt es unter anderem die Geschäftsstelle des Stadtverbandes DIE LINKE. Leipzig. Mehrmals im Jahr ist auch die Leipziger DKP hier anzutreffen.

Wohnungsbauräume - bei Träumen wird es vorerst bleiben

In Leipzig sollen in den nächsten Jahren drei neue Stadtviertel entstehen: einmal westlich vom Hauptbahnhof, nördlich davon an der Eutritzscher Straße und am Bayrischen Bahnhof.

Die elf Hektar große Fläche neben dem Hauptbahnhof soll 700 Wohnungen erhalten (davon 30 % „gefördert“), ein Gymnasium mit Turnhalle und Sportplatz, Grünflächen und Fahrradwegen entlang der Parthe sowie Gewerbegebiete. Die Dächer werden begrünt, hinzu kommen ein Hotel und begrünte Quartiersplätze.

Auf dem 25 ha großen Gelände des ehemaligen Eutritzscher Freiladbahnhofs sollen 2.200 Wohnungen für 3.700 Menschen gebaut werden. Auch hier sollen 30 % Sozialwohnungen sein. Desweiteren werden ein Schul- und Sportcampus mit Grund- und Oberschule, Sporthalle und -plätzen, zwei Kitas (je 165 Plätze) sowie „kulturell-soziale Einrichtungen“ gebaut. Das Investitionsvolumen beträgt eine Milliarde Euro.

Für eine weitere Milliarde entsteht ein Neubaugebiet am ehemaligen Bayrischen Bahnhof, auf knapp 36 ha. Hier werden weitere 1.600 Wohnungen gebaut, davon 25 % mietpreisgebunden. Obendrein sind drei Schulen, vier Turnhallen, Gewerbeflächen, eine Brücke über die S-Bahn-Trasse und ein 1,7 Kilometer langer Park vorgesehen.

Klingt ja alles erstmal ganz nett, und die neuen Quartiere werden sicherlich recht hübsch daherkommen. Wo liegt also das Problem?

1. Die Anzahl der Sozialwohnungen ist nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. 1.300 solcher Wohnungen reichen für etwa 2.000 BewohnerInnen. Mehr als ein Viertel der Leipziger hat theoretisch Anspruch auf eine Sozialwohnung, was 150.000 Menschen entspricht. Also ca. 100.000 Wohnungen. Momentan gibt es in ganz Leipzig 330. Wenn es in diesem Tempo weitergeht, wird Leipzig auch in diesem Jahrzehnt kaum mehr als zwei bis drei Prozent des Bedarfs decken können.

2. Die "sozialen" Kaltmieten betragen 6,50 € / m². Das überschreitet bereits die erlaubten Wohnkosten für Hartz-IV-Empfänger um zwei Euro. Fraglich bleibt auch, wie Geringverdienende, StudentInnen, Azubis oder RentnerInnen dies bezahlen sollen.

3. Die Wohnraumförderung läuft nach 15 Jahren aus, also wird spätestens 2040 kein armer Mensch mehr in diesen Gebieten wohnen.

4. Statt selbst zu bauen, erhalten private VermieterInnen vom Freistaat einen monatlichen Zuschuss von 3,50 € / m². Somit scheffeln die Profiteure dieses Problems noch nette Extraprofite.

M. Z.